



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Der Sturz der Mittelmächte

Nowak, Karl Friedrich

München, 1921

Das Programm der Milde

[urn:nbn:de:hbz:466:1-84190](#)

DAS PROGRAMM DER MILDE

Die österreichisch-ungarische Monarchie hatte auf das Friedensangebot des Grafen Burian vom 15. September eine Antwort erhalten, zu deren Erwägung und Abfassung der amerikanische Staatssekretär des Äußeren Robert Lansing am 17. September genau dreißig Minuten gebraucht hatte. Ihre ablehnende Haltung erschütterte die hoffnungsfrohe Friedensüberzeugung des k. u. k. Außenministers keineswegs.

Als die deutsche Regierung sich durch General Ludendorffs Auffassung über die Aussichten an der Front, durch die damit endgültig bestimmte Lage, zum Waffenstillstandsangebot gedrängt sah, schloß sich als Sprecher der Monarchie Graf Burian in neuer eigener Note sofort an. Auch die Monarchie verkündete, daß sie Wilsons Weltforderungen für einen Frieden aller Völker sich beuge. Die bulgarische Entwicklung bestimmte ihre Politik noch dränger und gebieterischer, als sie die Haltung des Deutschen Reiches beeinflußte. Die Ausstrahlung war wesentlich näher und unmittelbar. An einen neuen Sieg, den die Waffen noch entscheiden könnten, dachte weder der Minister des Äußeren mehr, noch Freiherr von Hussarek, noch der Chef des Generalstabes Baron Arz. Aber die inneren Feinde der Monarchie waren durch Bulgariens Ausschaltung vom Bunde übermäßig geworden. Es war das wichtigste Ziel, das jetzt erstrebt werden mußte: mit ihnen

sich zu einigen, ehe die Gegner die Einigung in die Hände nähmen, vor allem dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika in einer Regelung zuvorzukommen, die man ihm grundsätzlich zugestehen mußte, da man den Frieden brauchte, aber der Weg dazu anders nicht eröffnet wurde. Vielleicht wurde der Bestand des alten Reiches in irgend-einer, wenngleich verehrten Form doch noch gerettet, wenn es einen lebensfähigen Umbau aus eigener Kraft und nach den Wünschen der eigenen Völker vollbrachte. Graf Burian und Freiherr von Hussarek sahen das bulgarische Ereignis als letzten Alarm. Der Minister des Aeußersten wollte die Völkerauseinandersetzung im eigenen Hause um so mehr, als er darauf schwor, daß Präsident Wilson sie gutheissen und, wenn er seine Forderungen durchgeführt sah, den Frieden beschleunigen werde. Der österreichische Ministerpräsident, der vor drei Wochen noch die Föderalisierungsabsicht für die Monarchie bestritten hatte, wußte jetzt, da sich auch noch die militärischen Dinge so sehr zum Schlimmen wandten, kein anderes Rezept mehr, als durch gründliche Neuordnung den allgemeinen Zerfall zu hindern. An die Lösung der Südslawenfrage war er, ob auch die Ungarn heftig wurden, schon im Septemberanfang gegangen. Die Frage war dann ein wenig eingeschlafen. Jetzt aber, da Brand am Hause war, genügte vielleicht nicht einmal die südslawische Lösung mehr zur Rettung. Freiherr von Hussarek hatte noch einmal, als Bulgariens Schicksal sich besiegelte, Kraftanstrengungen versucht, die zu einer Koalition der österreichischen Parteien für ein Kabinett führen sollten. Aber die Tschechen, deren Staat von England und Amerika längst anerkannt war, hatten nach der Schlacht auf Dobropolje für den Ministerpräsidenten nur mehr ein Achselzucken und ein Lächeln. Und der Sozialistenführer Victor Adler sprach als Antwort die Parabel:

„Es gibt drei Arten von Ratten:

- die einen, die klug sind und das Schiff verlassen, bevor es sinkt;
- die anderen, die anständig sind und auf dem Schiffe bleiben, obwohl es sinkt;
- die dritten, die dumm sind, gar nichts merken und auf das Schiff gehen;

Zu der dritten Art wollen die Sozialdemokraten keinesfalls gehören“.

Die Hoffnung auf eine Koalition der Parteien war rasch und diesmal so bestimmt zerschlagen, daß sie nicht wieder auflieben konnte. Einen Augenblick schwankte Freiherr von Hussarek, ob es nicht besser wäre, den Zusammentritt des Reichsrates zu verschieben und die kritische Zeit ohne die Männer der Völker zu überwinden. Dies war die Anwendung der Macht und der Versuch, sich noch einmal auf die Hilfsmittel zu stützen, die an Macht noch vorhanden waren. Aber im ersten Augenblick, da die Parteien ihre Mißstimmung bezeigten, vertauschte er die Machtanwandlung wieder mit einer Taktik der Versöhnung und Milde und war entschlossen, diesmal ganze Arbeit zu tun. Nicht nur darauf kam es an, daß man das Experiment des österreichischen Umbaues unternahm: wichtig war vor allem, wie man es unternahm. Polen und Südlawien mußten die Tragpfeiler des Umbaues sein. Wenig Hemmungen schaffte die polnische Frage. Der polnische Staat bestand bereits. Die Zweikaiserdeklaration von 1916 garantierte ihn. Ruhig konnte man Galiziens größten Teil an das neue Polen geben, das doch unter Habsburgische Herrschaft käme: durch „austro-polnische Lösung“. Widerstände gegen österreichische Neuordnung waren, da sie zu einer Neuordnung in der ganzen Monarchie werden mußte, nur von Ungarn zu erwarten. Der ungarische Ministerpräsident hatte die Probleme der Königreiche Kro-

tien und Slawonien, die in allen Fragen der Wehrmacht, der Finanzen und Bahnen seit 1868 trotz gewisser Selbständigkeitssrechte von Budapester Dekreten abhingen, noch am 18. September lediglich als „Fragen der Verwaltung“ bezeichnet. Aber Graf Burian, schon auf dem Wege zur Annahme der Wilsonschen „14 Punkte“, hatte widergesprochen: er nannte jene Probleme damals „politische“. Und wenn bis jetzt der ungarische Premier das Beharren auf dem österreichischen Einheitsstaat verlangte, so bezeichnete am 26. September wiederum Graf Burian die „Änderung des staatsrechtlichen Gefüges Oesterreichs als notwendig“. Die Uebereinstimmung mit dem Grafen Burian bestärkte den österreichischen Ministerpräsidenten nur in seinen Umbauplänen. Der Minister des Äußersten war übrigens der Mitschöpfer Polens. Seine hervorstechendste Eigenschaft, eine doktrinäre Zähigkeit, die mit schwerfälliger Gedankenapparat arbeitete, mochte bisweilen in Irrkanäle führen. Aber die Zähigkeit hatte doch bisher oft schon Burians Willen als entscheidend triumphieren lassen. Sein Friedensangebot hatte er gegen die Meinung selbst des deutschen Kaisers der Welt verkündet. Noch jetzt, nach der Ablehnung, versprach er sich fortspinnende Wirkung davon; zumal Präsident Wilson in einer Rede vom 27. September doch an jenes Friedensangebot anzuklingen und seine Wünsche — nach Graf Burians Ansicht — daran weiterzubauen schien. Was die Errichtung des polnischen Staates betraf, so hatte er den Reichskanzler von Bethmann-Hollweg von der Nützlichkeit solcher Schöpfung überzeugt und er hatte die Unterzeichnung der Zweikaiserproklamation erwirkt, bevor selbst der Erste Generalquartiermeister Einblick in den Vertrag erhielt. Graf Burian hatte nicht nur häufig durchzusetzen verstanden, was er beschlossen hatte und vertrat, — an sich ein günstiges Vorzeichen, wenn auch er sich

jetzt für staatsrechtliche Änderungen aussprach —, er war als Mitschöpfer oder Hauptschöpfer auch erster Fachmann, was Polen betraf. Was um ihn herum auch vorging, ob an den Südostgrenzen des Reiches, dessen Flanken jetzt aufzureißen drohten, ob an der deutschen Westfront, wo die Heere des Generals Ludendorff Schritt um Schritt zurückgingen: die „austropolnische Lösung“ war ihm ein unverrückbares Axiom. Freiherr von Hussarek erkannte den einen Pfeiler seines Zukunftsbaues als tragfähig. Alles mußte jetzt geschehen, sich die Huld der Polen zu erhalten. Noch schwebte in Marmaros-Sziget der Hochverratsprozeß gegen die polnischen Legionäre, die sich unter den Stimmungen Brest Litowsker Abmachungen mit den Ukrainern zur Unvernunft hatten hinreissen lassen. Der größte Teil des an der Ostfront stehenden polnischen Hilfskorps war damals, am 15. Februar 1918, nachdem Eisenbahn, Telegraph und Telephon zerstört worden war, westlich von Czernowitz eigenmächtig nach Osten, nach der Ukraine abmarschiert. 3500 Mann, 120 Offiziere waren entwaffnet und verhaftet worden. Jetzt spielte der Prozeß noch gegen eine Gruppe von Angeklagten. Auf alle Fälle wurden die Polen verstimmt, wenn ein Urteil sie vernichtete. Freiherr von Hussarek erbat von Kaiser Karl die Amnestie. Diesmal wehrte sich der Chef des Generalstabes:

„Für mich gibt es keine polnischen und keine tschechischen oder ungarischen Soldaten. Für mich kann es nur Soldaten geben. Sie kann man in solchem Falle nicht amnestieren. Auch die Meuterer von Cattaro nicht“ — —

Aber der Ministerpräsident setzte am 27. September die Begnadigung durch. Die polnischen Parteien schienen ihm die Fürsprache zu buchen. Nunmehr wollte der Ministerpräsident sich um die Südslawenfrage ernstlich bemühen. So versöhnlich er war — oder gerade um der Möglichkeit willen, alle zu versöhnen: der Kampf mit Ungarn konnte beginnen.

Marschall Boroevic hatte den Grafen Stephan Tisza, der als Oberst eines Husarenregiments, seit Kaiser Karl sich von seiner Politik getrennt hatte, an der Isonzofront stand, eines Tages in der düsteren Beklemmung gefragt, die seit dem Fehlschlag an der Piavefront den Heerführer nicht mehr verließ:

„Exzellenz: ist das Ihr Platz? Was wollen Sie hier? Hier gehören Sie nicht her. Wir gehen zugrunde, wenn die Wirtschaft im Hinterlande und in Baden nicht aufhört. Reden Sie lieber mit dem Kaiser, Herr Oberst.“

Graf Tisza setzte seine Worte immer ungeschminkt:

„Ich kann mit dem König keine Silbe mehr reden. Er wirft mich zur Tür hinaus, wenn ich zu sprechen anfange.“

Er wußte, daß es Staatsmänner gab, denen der Kaiser gewogener war, als gerade ihm. Aber dann sprach Stephan Tisza dennoch mit dem Kaiser. Nie hatte der ungarische Staatsmann daran gedacht, daß für Ungarn die südslawische Angelegenheit ein wirkliches Problem werden könnte. Einmal hatte er erwogen, den Südlawen die Bahnen nicht nur für militärische Zwecke, sondern zu wirtschaftlicher Nützung bis ans Meer auf ungarische Rechnung zu bauen: wenn das Gebiet, durch das die Bahnen laufen sollten, natürlich auch zu Ungarn käme. So einfach freilich war die Lösung nicht. Und da der ungarische Gebietszuwachs sich nicht so ohne weiteres durchsetzen ließ, war das südlawische Problem, das in gefahrlos gefesteter Kriegszeit flüchtig einmal durch den Kopf des Grafen gehuscht war, zugleich mit den Eisenbahnbauplänen erledigt gewesen. Aber nunmehr konnte dies Problem, gleichviel, ob man ablehnte oder Zugeständnisse machte, von keinem ungarischen Staatsmann länger unbeachtet gelassen werden. Und selbst Stephan Tisza, kernmagyarisch wie er war, nur der Hüter seiner Herren-

rasse, beschloß, mit der Südslawenfrage sich zu beschäftigen: er sprach mit Kaiser Karl.

„Gehen Sie doch selbst hinunter“, erklärte in plötzlicher Anregung der Kaiser, „Sehen Sie sich doch die Lage einmal an.“

Tisza selbst sollte ein unbefangenes Bild gewinnen, er selbst sich mit Stimmungen und Strömungen inmitten der Provinzen vertraut machen, um die es sich hier handelte. Er sollte in die österreichisch-ungarischen Reichslande reisen: als „homo regius“ etwa mit kaiserlichem Einverständnis. Er hörte in Agram, in Serajewo südslawische Parteiführer aller Schattierungen. Allerdings schien es, je weiter der Besuch des Grafen sich ausdehnte, als wäre er weniger gekommen, um die Wünsche der Südslawenführer zu hören, als um ihnen zu sagen, wie er, Stephan Tisza, sich die nunmehr wirklich nötig gewordene Lösung selbst dachte. Nie hatte er anderes gekannt als magyarische Macht und magyarisches Wachstum, nie anderes als Vergrößerungsmöglichkeiten magyarischen Reichtums, für die er sofort jede reale Ziffer begriff und einstellte. Er hatte im Juli 1914 den Krieg nicht gewollt, staatsmännische Schlichtung hätte er vorgezogen. Slawischem Volkszuwachs stellte er sich damals entgegen. Aber da es zum Kriege einmal gekommen war, beanspruchte er für Ungarn nicht nur den Winkel der serbischen Macva, der von Fruchtbarkeit strotzte, er drängte auch den Feldzeugmeister Potiorek, als dessen Stern im Steigen war, zur Besitzergreifung von Belgrad, darin er einen ungarischen Gouverneur residieren lassen wollte. Seither hatten sich alle Verhältnisse und Schicksale der Kriegführenden gründlich verändert. Die Gefahr, daß Ungarn die Königreiche Kroatien und Slawonien vielleicht doch anders werde behandeln müssen, als bisher, sah Graf Tisza. Aber es entsprach durchaus seiner Art und Ueber-

zeugung, wenn der ganze südslawische Fragenkomplex am besten dadurch aus der Welt geschafft wurde, daß Ungarn die Reichslande Bosnien und Herzegowina an die Stephanskronen angliederte. Es konnte dann immer noch so kommen, daß das Königreich Dalmatien an das Königreich Kroatien angeschlossen wurde, — also wiederum an Ungarn. Die südslawischen Völker sollten sich dann damit zufriedengeben, daß sie alle im Rahmen des Königreichs vereinigt waren. Auch wenn sie, alle bei Ungarn, dennoch miteinander keinen eigentlichen Zusammenhang hatten. Graf Tisza grollte und gab sich auch keinerlei Mühe, seine Zornesausbrüche vor den südslawischen Parteiführern zu verbergen, als sie ihm ein Memorandum überreichten, dessen Forderungen einen dicken Strich durch Tiszas Pläne machten und an der staatlichen Selbständigkeit der Südslawen festhielten.

Hier in Serajewo sah Stephan Tisza zum erstenmal Inhalt und Ziel seines Lebenswerkes jäh erschüttert. Nie hatte er gezögert, nie heimlichstes Bedenken empfunden, sein Vertrauen ganz den ungarländischen Serben zu schenken, die zu Budapest Jahr um Jahr, Jahrzehnte ihre unverbrüchliche Treue an das Reich der Stephanskronen beteuert hatten. Nie hätte er die Unterstellung als Wahrheit genommen, daß die gleichen ungarländischen Serben, die der Staatsmann allüberall begünstigte, zur gleichen Zeit dem kroatischen Volk, das Ungarn nicht genug niederhalten konnte, die Phantasien eines mächtigen, von den Ungarn befreiten Reiches vorspiegeln konnten. Vorsicht war dabei die beste Förderin serbischer Politik. Den Kroaten sprach sie nie von kommendem „großserbischen Reich“. Keinen einzigen Kroaten hätte ein „großserbisches“ Losungswort fortgelockt von der Monarchie. Aber sie hob das kommende „jugoslawische Reich“ auf den Schild. Niemand in Belgrad dächte daran, dem kroatischen Volke

weniger Freiheiten im neuen „Groß-Jugoslawien“ zu geben, als dort die Serben selbst besitzen dürften. Aber die Vereinigung aller Südslawen in einem einzigen Ganzen, frei von Ungarn, frei von Oesterreich, wäre unüberwindliche Macht — —

Bisher hatten die Reichsserben abgewartet. Niemand störte das Doppelspiel: Stephan Tisza hatte es nicht erkannt. Blieben die Mittelmächte siegreich, so konnte ihre Gunst, die Berufung auf ihre ungarische Haltung, ihre Stellung stark werden lassen in Budapest. Sie vermochten dann die Kroaten leicht und schnell fallen zu lassen. Unterlagen die Mittelmächte, so gaben sie Ungarn preis. Die Vereinigung der Reichsserben und der Königsserben war dann da, überdies die Kroaten gewonnen, mit deren Rechten man sich später auseinandersetzen konnte. Jetzt schien der Ausblick auf das Kriegsende klar. Die Parteiführer, die Stephan Tisza ihr „Memorandum“ überreichten, kannten die Geschehnisse an der Westfront am 8. August. Sie wußten, was der kaiserliche General Freiherr von Sarkotic noch nicht wußte: den schweren Durchbruch an der bulgarischen Front. Er hatte sie kühner werden lassen. Sie hatten zwei Tage vor der Ankunft des ungarischen Staatsmannes einen „jugoslawischen Ausschuß“ gegründet. Ihre Zeit schien nahe und gewiß, die Zukunftsrichtung war ihnen klar: sie warfen die Maske ab. Sie überreichten ihr Memorandum. Stephan Tisza sah zum erstenmal den Selbstbetrug in seiner Arbeit.

Wild rang seine Kraft, sein Trotz sich auf. Noch wollte er den Selbstbetrug nicht glauben, noch hoffte er in Zweifeln. Vielleicht entschied eine Volksabstimmung in Bosnien und Herzegowina dennoch für Ungarn. Vielleicht war es eine kleine Schar Verführer, die ihm das Memorandum zu überreichen gewagt hatte. Vielleicht war das ganze serbische Doppelspiel, das sich zwischen Ungarn und

Kroaten ihm enthüllte, überhaupt nur ein Spuk. Er raffte sich zusammen und wollte es nicht glauben, daß sein Budapester serbischer Anhang für Ungarn nicht werde Ordnung schaffen wollen. Er kam auf die Volksabstimmung immer wieder zurück. Generaloberst Sarkotic, der Landeschef der beiden Reichsländer, sah die Verhältnisse anders. Schnelle und große Zugeständnisse müßten in der südslawischen Frage gewährt werden.

„Am besten ist es“, riet der Generaloberst, „gleich von Serajewo an den Kaiser zu telegraphieren.“

Aber so schnell gab Tisza sich nicht geschlagen. Schwer mochte die innere, seelische Erschütterung über den serbischen Fehlschlag in seiner Staatskunst sein. An der Aufrichtigkeit der ungarländischen Serben mochte er jetzt zweifeln. An der magyarischen Macht, die er als Ohnmacht noch nicht erkannte, zweifelte er nicht einen Augenblick. Ohne Schwanken überließ er sich seinem Zorn. Bewußt verletzte, bewußt drohte er. Erbittert führte im Wiener Abgeordnetenhaus der Geistliche Korosec bei der ersten Gelegenheit Klage und Anklage sowohl gegen die Absichten, wie die Methoden des Grafen Tisza, der in Serajewo „das Selbstbestimmungsrecht der Völker eine falsche Münze geheißen“ und die vor ihm erschienenen Abgesandten angeherrscht hätte:

„Es ist möglich, daß wir untergehen, aber bevor wir untergehen, werden wir Macht genug finden, um euch zu zermalmen.“

Graf Tisza kannte, als er unbefriedigt die bosnische Hauptstadt verließ, nur genau die gleiche Lösungsmöglichkeit, mit der er gekommen war. Die Gereiztheit der Südslawen mußte seine Studienreise nur steigern und vielleicht wäre es besser gewesen, wenn der Landeschef Generaloberst Freiherr von Sarkotic, der überdies als Südslawe dort Menschen und Stimmungen kannte, gegen Tiszas Be-

such sich aufgelehnt hätte. Aber der ungarische Staatsmann wisch auch unter dem Eindrucke der in Bulgarien abrollenden Ereignisse von seiner Ansicht noch nicht. Wie er sich die Lösung dachte, fand er sie nicht nur zu Ungarns Vorteil, sondern zum Nutzen des ganzen Reiches. In Oesterreich wurde das Slawentum schwächer, das Deutschtum stärker, das Tschechentum so fast belanglos. Und Ungarn wurde mächtiger: die Träger des monarchischen Gedankens im Doppelreiche blieben die Vorherrschaftsnationen — Ungarn und Deutsche. Noch am 25. September erklärte er:

„Das, was geschehen ist oder geschehen wird, wird geschehen im Interesse der Monarchie.“

Er dachte gar nicht daran, ob nicht auch die Südslawen selbst bei solch ungarischer Regelung mitreden könnten. Und er hatte ganz vergessen, daß seine Politik eigentlich immer gegen Slaweneingliederung sich gewehrt hatte. Daß er eine Irredenta von ungeahnter Ausdehnung nach Ungarn zu verpflanzen im Begriffe war. Graf Stephan Tisza zeigte sich, da er notgedrungen seinem Gedankenkreis das südslawische Problem näherte, der eigenen Ueberzeugung treu und treulos. Unsicher schwankte, ohne daß er selbst es merkte, der starke, nüchterne Realpolitiker. Ehe er über Kroatien auch nur verhandelte: lieber nahm er doch noch Millionen Slawen ins Stephansreich. Dem Machtgedanken magyarischer Adelsherrschaft blieb er treu, indes er die Stimmen der Vernunft ohne Treue verabschiedete, mit der er selbst die Grenzen des Magyarentums bisher umrandet hatte. Erst der bulgarische Waffenstillstand, erst die Waffenstillstandsbitte der Mittelmächte, die Annahme der „14 Punkte“, von denen der Präsident Wilson die Ungarn offenbar nicht ausgenommen hatte, preßte ihm kaum merkliche, widerwillige Milderung seiner Pläne ab.

„Wir werden trachten, den in Ungarn lebenden Nationalitäten nach Möglichkeit die Autonomie zu gewähren“ —

Noch schränkte er ein. Noch hatten im weiten Umkreis des Königreichs die Magyaren zu entscheiden. „Nach Möglichkeit“ — dies war: soweit kein magyarisches Interesse berührt wurde. Schließlich konnten sich — so weit war jetzt auch Graf Tisza schon — die Südslawen ja alle zusammentun: wenn sie bei Ungarn blieben. Was Oesterreich dazu sagte, war einerlei. Was die Südslawen dazu sagten, war es gleichfalls. Der Dualismus Oesterreich-Ungarn krachte in allen Fugen, da Freiherr von Hussarek erst einmal von einer Autonomie der österreichischen Völker sprach. Der neue Dualismus mußte Ungarn-Jugoslawien sein. Weiter ging Stephan Tisza, weiter das Stephansreich keinen Schritt. Von allen Wandlungen unberührt blieb des Königreichs „Integrität“. Dies war die magyarische Form der Südslawenlösung.

Stephan Tisza war nicht der Ministerpräsident des ungarischen Königreiches. Aber was er dachte und sprach, war Ansicht und Forderung der nationalen Stimme Ungarns, die auch aus dem Munde des wirklichen Premiers Wekerle nicht anders klingen durfte. Auch ihn erschütterten die bulgarischen Ereignisse zunächst nicht. Aus der Ruhe magyarischer, unantastbarer Herrenüberzeugung störte ihn erst zweierlei Tatsache: die Entwicklung im Schwesternstaate Oesterreich brach plötzlich sichtbar und, wie es schien, fortan unaufhaltsam an die Oberfläche — dazu erzwang, da Deutschland nach Waffenstillstand rief, die militärische Lage die allgemeine Annahme des Wilsonschen Programms.

Freiherr von Hussarek stand wahrhaftig am 1. Oktober im Wiener Reichsrat auf und verkündete, trotz aller Warnung und Beschwörung, vor den Volksvertretern des Kai-

sertums Neuerungen, die alles gefährdeten, das bisher in der ganzen Monarchie bestanden hatte. Die Polen versicherte er noch einmal ihres beschlossenen, durch die Zweikaiserproklamation verbürgten Staates. Sie durften, da der Minister sich schon jetzt mit Energie gegen alle, auch gegen den deutschen Bundesgenossen wandte, wenn Schwierigkeiten gegen endgültige „austropolnische Lösung“ erhoben würden, mit der Einverleibung Galiziens in ihr Reichsgebiet rechnen. Und der Minister verkündete, daß er die südslawische Frage zu regeln sich entschlossen habe. Die Reichslande Bosnien und Herzegowina könnten an Kroatien angegliedert, Dalmatien unter Umständen mit der neuen Einheit verbunden werden. Ueberhaupt beabsichtigte die Regierung mit dem Geiste der Zeit zu gehen und den österreichischen Völkern die Autonomie zu geben: die dritte Adresse ging an die Tschechen, an die Deutschösterreicher und an die Italiener im Reich. Waren die Völker mit den Plänen des Ministerpräsidenten, der sie freilich vorerst nur im großen Umriß und noch nicht als ausgearbeiteten Beschuß darstellte, jetzt unter Formen einverstanden, die am Reichsganzen unter der Dynastie der Habsburger festhielt, so war mit der Umwandlung in einen Föderativstaat alles gerettet. Einzelheiten mußten dann noch geordnet werden. Die Slowenen konnten vielleicht dem neuen Südslawenstaate nicht vereint werden, denn der Weg nach Triest ans Meer war sonst den neuen Bundesstaaten nur bedingt, nur nach südslawischem Belieben frei. Auch war nicht ganz klar, wie sich der Ministerpräsident das Südslawenreich eigentlich genau vorstellte. Die äußerliche Vereinigung österreichischer und ungarischer Südlawen, das Hinzutun ihrer Stammesbrüder in den Reichslanden war an sich noch keine Lösung. Freiherr von Hussarek erklärte nichts darüber, was die Ungarn zu dem Vorhaben sagten: ob sie

dem neuen Staate die Selbständigkeit zubilligten und ob sie ihn anerkannten. Es schien im Gegenteil so, als hätte der Freiherr, müde des langen, ergebnislosen Streites mit Ungarn, die Frage ganz aus eigenem Antrieb jetzt zur Entscheidung gestellt. Als hätte Oesterreich jetzt keine Zeit mehr, auf Ungarn länger noch zu warten. Und als nehme Oesterreich an, daß Ungarn seine kroatischen Verträge revidieren werde, um den Südslawen den geforderten Staat nicht mehr zu verweigern, wenn auch sie unter Habsburg bleiben wollten. Der Ministerpräsident band all die Neugestaltung an keinerlei bestimmte Zeit. Nur das Kommen des Umbaues selbst sprach er als Tatsache aus. Und horchte nach dem Chor der Stimmen, der ihm Antwort geben sollte.

Der Chor der Stimmen ließ ihn keinen Augenblick warten. Er gellte in Diskrepanzen auf.

„Wir werden alles tun“, schrie der tschechische Sozialist Tusar in den Lärm, „damit die tschechische Frage mit den andern Weltfragen auf einem internationalen Kongreß gelöst wird.“

Aber der Tschechenführer Stanek überbot ihn noch.

„Wir wollen die Front der drei slawischen Staaten“, schleuderte er dem Ministerpräsidenten als Antwort zu: „Von Danzig über Prag bis zur Adria.“

Die Südslawen nahmen die ihnen in Aussicht gestellte Zukunft nicht an. Mit den Tschechen, deren „Nationalrat“ der Abgeordnete Stanek sofort nach Prag rufen wollte, berieten sie, ob sie nicht überhaupt aus einem Reichsrat ausscheiden sollten, der sie, die Vertreter eines selbständig gewordenen Volkes, gar nichts mehr angehe. Um Freiherrn von Hussarek schwirrte das Echo der Meinung aller Parlamentarier über sein geplantes Werk: „Zu spät“ — —

Nur die Polen lärmten nicht. Ihrer Mehrzahl nach

schienen sie in vielfacher Rückversicherung ruhig und satt. Bloß der Sozialistenführer Glabinski forderte auch für die Polenfrage ein internationales Forum. In die Ruhe der deutschen Parteien brachten die Eröffnungen der Regierung Bewegung und unter die Zer splitterten zum erstenmal gemeinsame Entschlossenheit. Alle deutschen Parteien einigten sich auf eine sozialdemokratische Entschließung vom 4. Oktober, die nach der Schaffung auch eines „deutschösterreichischen Bundesstaates“ rief. Für ihn wollte eine der Gruppen schon jetzt die Sicherstellung der Wege durch slowenisches Gebiet anmelden. Aber erregt rief, gerade was die Behandlung und Einordnung der Slowenen betraf, der Geistliche Korosec in das Konzert:

„Niemals. Es gibt keine Künste der Welt mehr, welche die Kroaten und Serben von den Slowenen trennen könnten.“

Unter den österreichischen Völkern war das Chaos der Stimmen vollendet. Aber in Ungarn war der Sturm.

Nie hätte Oesterreich das Recht, über die Art zu bestimmen oder auch nur Auffassungen darüber zu haben, wie Bosnien, Herzegowina und Dalmatien mit Ungarn oder mit den Königreichen Kroatien und Slawonien verbunden würden. Gegen offenkundige Einmischung in fremde Angelegenheiten wandte sich der Ministerpräsident, wandte sich Ungarns öffentliche Meinung. Die Unabhängigkeitsparteien des Landes, niemals einverstanden mit irgendeiner Gemeinschaft mit Oesterreich, das sie haßten, jetzt an Macht und Sprache freier, als irgendwann zuvor, einigten sich sofort zu einem festen Block der Abwehr gegen Uebergriffe, die sie von Oesterreich her nicht dulden wollten. Ueber Nacht war der Ministerpräsident gründlich aus Standpunkten und Gelassenheit aufgescheucht. Er sah, daß ihm das allgemeine Waffen-

stillstandsangebot notgedrungenen abrang, was selbst Stephan Tisza, so hart er war, nicht mehr ablehnen konnte: das Bekenntnis zu Wilsons Völkerprogrammen. Aber Wilson war weit; der Krieg war nicht zu Ende; selbst Bulgarien mußte ihn nicht um alle Fassung bringen. Schlimmer als alles andere war jetzt die österreichische Entwicklung.

Dort waren die Völker im Begriffe aufzustehen. Und die Regierung, die offenbar nicht wußte, was sie tat, gab selbst das Signal. Allerlei Gerüchte flogen über die Leithagrenze, die zu entkräften die Regierenden sich kaum die Mühe gaben. Alle Parteien sprachen von einem neuen Kabinett des Friedensapostels Heinrich Lammasch, der nur mehr die Aufgabe hätte, „das alte Oesterreich zu liquidieren“. Und der König plane ein Manifest, das die Völkererhebung besiegen mußte. Vielleicht stand der Friedensapostel hinter dem Gedanken. Vielleicht auch der Ministerpräsident selbst. Alle Ereignisse in Oesterreich gediehen jetzt in fiebriger Entwicklung. Alles überstürzte sich, das meiste geschah unkontrollierbar. Uebrigens ging es nunmehr für Ungarn nicht mehr um die Südslawenfrage allein. In Ungarn, das bis heute kein Nationalitätenproblem in „integren“ Grenzen zugab, wohnten auch noch Slowaken, Rumänen, Ruthenen und Deutsche. Sie alle konnten der österreichische Aufruhr ergreifen. Auch die beiläufigen Auffassungen des österreichischen Ministerpräsidenten über einen Umbau waren unerlaubter Eingriff in ungarische Rechte. Nicht nur um die Südslawenfrage hatte sich die Wiener Regierung nicht zu kümmern. Sofort hatte Ungarn alles zu tun, um auch die österreichische Völkerbefreiung zu unterbinden. Es durfte an naher Grenze keine Beispiele geben. Es durfte kein Manifest erlassen werden. Wekerle fuhr nach Wien zum Kaiser. Graf

Tisza, die Grafen Apponyi und Andrassy: sie alle fuhren am 10. Oktober zum Kaiser. Gleich darauf bot der ungarische Premier seinen Rücktritt an. Daß die österreichische Entschließung unwiderrufliche Beschlüsse geworden waren, wußte er jetzt; die Sendung der ungarischen Staatsmänner war gescheitert; daß die Entwicklung auf Ungarn übergreifen mußte, glaubte der ungarische Ministerpräsident nunmehr auch selbst. Einen Augenblick überkam ihn Schwäche. Vor den Abgeordneten gestand er am 11. Oktober:

„Wir sehen, daß auch die Integrität des ungarischen Staates für die Zukunft nicht mehr in einer ganz unbefürchteten Form besteht“ — —

Seine Staatskunst brach. Wer die „Integrität“ anstetete, war gefallen. Wekerle wollte gehen. Und blieb nur, da König Karl das Bleiben befahl. Jetzt wollte er sich nur mehr als Sachwalter der Regierung sehen, bis die Ablösung durch geeigneten, vielleicht härteren, vielleicht glücklicheren Nachfolger geschah. Er wollte sich freilich nicht versagen, dazwischen gelegentlich auch eine Parade zu schlagen. Denn von seinem Schwächeanfall erholte Wekerle sich bald. Die Ereignisse liefen im Sturmschritt weiter. Zwischenfälle zählten kaum mehr. In Tagen stürzten, für Oesterreich wie für Ungarn, jetzt Jahrhunderte.

Kaiser Karl rief die Sendboten der Völker Oesterreichs zu sich. Neunundzwanzig Volksführer befragte er im Hauptquartier zu Baden über die Wünsche, über Hoffnung und Haltung der Nationen Oesterreichs. Zum „gemeinsamen Vaterhaus“, an dessen Kinder der Appell des Freiherrn von Hussarek noch im Sommer ergangen war, bekannte sich niemand. Kühn wurden die Tschechen, die „sich mit Worten nicht mehr begnügen“, die „Taten sehen“

wollten. Solche Bereitwilligkeit sagte der Kaiser den Fordernden zu, aber er schwieg verstimmt, als sie nunmehr auch die Entfernung aller nichttschechischen Truppen aus Böhmen verlangten. Von südslawicher Selbständigkeit sprach der Geistliche Korosec. Und der Polenklub, der dem Kaiser wenigstens die Mitarbeit am österreichischen Reichsrat noch für die Zeit des Umbaues zusagte, entwickelte doch vor allem die Pläne großpolnischer Zukunft, die über „austropolnische Lösung“ kein Wort verloren. Sie alle wollten ihr eigenes Haus: sie alle hatten Oesterreich an diesem Tage schon begraben. Und schon waren überall in weiter Runde — ob sie durften, ob nicht: sie hatten nicht mehr gefragt — die „Nationalräte“ gebildet. In Krakau bereiteten die Polen die „Nationalversammlung“ vor; nach Prag war der „Tschechische Nationalrat“ berufen; der „Südslawicher Nationalrat“ war am 11. Oktober zusammengetreten: schon umspannte er die Volksräte aller südslawichen Stämme der Monarchie. Da erwog der Kaiser die einzige Möglichkeit, die ihm noch Rettung schien. Was auseinanderstrehte, was durch Macht nicht mehr zu halten war, wollte er jetzt aus eigenem Entschluß befreien. Er hatte mit dem Rezept der Milde, als er die Amnestie des Jahres 1917 erließ, zwar schwer geirrt. Aber auch sein österreichischer Ministerpräsident wußte kein anderes Rezept mehr als den Versuch der Völkeraussöhnung. Und die Sorge um den Thron diktirte Eile. Kaiser und Minister glaubten bis zum Friedensschlusse auf keinen Fall mehr warten zu dürfen. Das Opfer sollte aus eigenem Antrieb gebracht erscheinen. Die Stimmen der Völker Oesterreichs waren ungehört verhallt seit Jahren, vielleicht seit Jahrzehnten. Aber jetzt, da das alte Reich unter den gefährlichsten Stürmen erbebte, sollte die Stunde der Erfüllung schlagen. Nicht nur durch Zusagen wollte man sich feierlich binden,

durch Zusagen an den ersten, friedlichen Augenblick: sofort sollte die Stunde der Taten sich erfüllen. Zwar wurden die Völker eines Reichsganzen zu eigener Herrschaft entlassen, bevor für den zusammenfassenden Abbau neue Konzentrationskraft gefunden war. Es konnte sein, daß die Zersplitterung der Völker zugleich die Zersplitterung der Verteidigungsmacht war, daß man sie in Komponenten zerschlug, die kein Machtwort zur Einheit wieder sammeln konnte. Kaiser und Minister wollten es offenbar auf die Probe ankommen lassen, daß die Aufrichtung von Oesterreichs selbständigen Staaten, noch ehe die Waffen endgültig schwiegen, vielleicht ein Instrument zertrümmerten, das man noch brauchte: das österreichisch-ungarische Heer. Kaiser Karl beschloß, von den gleichen Gedanken getragen, die er über einen Umbau des Reiches vor Halbjahresfrist dem Präsidenten der Vereinigten Staaten entwickelt hatte — Gedanken, die dann aufs neue aufgetaucht waren und sich verdichtet hatten, als die „Vereinigten Staaten“ die Tschechoslowaken als kriegsführende Macht anerkannten — Kaiser Karl beschloß, von Unterströmungen noch bestärkt, ein Manifest an die „getreuen österreichischen Völker“. Das Völkerschicksal in der Monarchie, die Wirren und Kämpfe, die Throngefahren wollte er endlich entschieden sehen.

Vielfach waren die Entwürfe, vielfach verstrickt die Vorgeschichte des kaiserlichen Manifests. Den österreichischen Ministerpräsidenten hatte der Kaiser an einem Sonntag, am 13. Oktober, zu sich in das Schloß Reichenau befohlen. Kaiser und Minister wurden sich dort über den Entschluß klar, nunmehr in der Völkerschicksalsfrage die entscheidende Wendung herbeiführen zu wollen. Noch wußte der Minister, dem die Wendung unerlässlich schien, noch sprach der Kaiser nichts über die Form der Ausführung. Die Reichenauer Beratung, in der sich Baron

Hussarek in voller Uebereinstimmung mit dem Kaiser fühlte, ergab nur den Beschuß des Grundsätzlichen. Am nächsten Abend verständigte der Reichsfinanzminister Freiherr von Spitzmüller am Fernsprecher den Baron, daß der Kaiser für den 15. Oktober, 10 Uhr, einen Kronrat in der Hofburg angesetzt habe.

Denn auch mit Freiherrn von Spitzmüller hatte sich Kaiser Karl an dem gleichen Tage, da er den Ministerpräsidenten zu sich beschieden hatte, über Notwendigkeiten der nächsten Zukunft unterhalten. Er hatte dies in der etwas unvermittelten Art, die ihn selten verließ, am Fernsprecher mit der Aufforderung getan, daß Baron Spitzmüller ihm einen neuen Ministerpräsidenten an Stelle des Freiherrn von Hussarek vorschlagen möchte. Der Kaiser selbst hatte dabei den Plan entwickelt, dem Ackerbauminister Grafen Silva Tarouca, mit dem er selbst Verhandlungen bereits führte, den Vorsitz eines neuen Kabinetts anzuvertrauen. Der Kaiser trug sich in diesen Tagen nicht nur mit der Absicht, den österreichischen Ministerpräsidenten und den ungarischen Premier Wekerle wegen seiner Widerstände gegen jeden südslaßischen Lösungsversuch zu verabschieden: auch Graf Burian, dem Kaiser ein wenig zu langsam und allzu dogmatisch inmitten der Eile neuer Zeit, sollte durch den Grafen Scecszen ersetzt werden. Baron Spitzmüller fand die vom Kaiser geplante Ministerkombination so wenig glücklich, daß er für den Fall ihres tatsächlichen Zustandekommens seinen Rücktritt ankündigte. Sich selbst könne er — berichtete er dem Kaiser am 13. Oktober — die Kabinettbildung keinesfalls zutrauen. Seine Resonanz im Reichsrat sei gering, seine Beliebtheit bei den Parteien zweifelhaft. Ueberdies müsse er, bevor er einen neuen Premier zu finden versuche, genauer das Programm kennen, das der Kaiser für eine andere Entwicklung, als bisher, vertreten wissen wolle. Der Kaiser er-

klärte, daß den Hauptpunkt seines Programms ein Völkermanifest über eine neue Verfassung darstelle. Jetzt beantragte der Minister, ein Thema von solch weittragender Bedeutung zum Gegenstand eines Kronrates zu machen. Der Kaiser ordnete den Kronrat für den 15. Oktober nach Wien an.

Noch vierundzwanzig Stunden vorher wiederholte Kaiser Karl die Anfrage an den Minister, ob er wegen eines neuen Premiers schon sondiert hätte. Baron Spitzmüller bat, die Sondierung erst nach dem Kronrate vornehmen zu dürfen.

Alle gemeinsamen Minister berieten in der Hofburg am Vormittage des 15. Oktobers 1918 unter dem Vorsitz des Kaisers. Zwar konnte der Außenminister Graf Burian, da er magyarischer Abkunft war, als Ungar angesprochen werden, doch kein Vertreter der ungarischen Regierung war dem Kronrate zugezogen worden. Dem Kaiser hatte Freiherr von Spitzmüller dringend empfohlen, auch den ungarischen Premier Wekerle in die Burg zu rufen. Um der südslawischen Frage willen, die als wichtigste auf dem Programm der ganzen Neugestaltung im Reiche stehen mußte, die noch wichtiger war, als die tschechische Frage — die Bedeutung der Tschechen sank wesentlich, wenn die Südslawen zur Monarchie hielten —, fand der Baron die Anwesenheit Wekerles unerlässlich. Indes: der Kaiser drängte. Den vorgeschlagenen und einmal beschlossenen Kronrat hatte er auch um Halbtagesfrist nicht mehr verzögern wollen. Der ungarische Ministerpräsident war durch andere Geschäfte unaufschiebbarer Art verhindert, schon am Morgen des Kronratstages in Wien einzutreffen. In diesem Augenblick befand er sich auf der Reise nach der Hauptstadt. Kaiser Karl hatte ihn von Reichenau aus, für den Nachmittag wenigstens, rufen lassen.

Auf besondere kaiserliche Einladung hatte sich auch der Ackerbauminister Graf Silva Tarouca eingefunden. Er

stand dem ganzen Gedankengang der neuen kaiserlichen Politik nahe. Der Kaiser begann sofort seine Pläne zu entwickeln:

Ein furchtbare politisches Chaos sei eingetreten, das die Machtbefugnisse der Krone tatsächlich aufhebe. Böhmen habe sich dem Wirkungskreise der Zentrale bereits völlig entzogen. Diesem Zustande wünsche er zu begegnen, um nicht in vollster Zerrüttung in die Friedensverhandlungen einzutreten. Er wünsche zu diesem Zwecke ein Manifest zu erlassen, das die Umwandlung Oesterreichs in einen Bundesstaat und zwar auf verfassungsmäßigem Wege einleiten solle — —

Der Kaiser sprach noch von Opfern, die jedweder bringen müsse. Er sprach von dem Zwange zum Frieden, der gleichfalls ohne Opfer für die Monarchie nicht werde erreicht werden können. Er verwies auf die Wichtigkeit, daß der Präsident der Vereinigten Staaten und seine Verbündeten nicht nur den Willen einer Neuordnung für seine Völker, vielmehr auch ihre ernsthafte Durchführung sähen. Seine Ausführungen streiften die Frage des Krönungseides, der ihn als Apostolischer König von Ungarn an bestimmte Vermächtnisse dem Königreich gegenüber binde. So viel stehe fest: die Ueberleitung in den Bundesstaat Oesterreich müsse unverzüglich eingeleitet werden.

Den Kaiser löste als Sprecher Baron Burian ab. Der Minister des Äußeren, mit dem der Kaiser offenbar am Vortage schon die kommenden Ereignisse besprochen hatte, begrüßte mit Wärme den vorgebrachten Plan. Er beleuchtete ihn naturgemäß vor allem vom außenpolitischen Standpunkt. Graf Burian, dessen Vortrag sich mehr in allgemeinen Perspektiven erging, bewertete den Eindruck auf das feindliche Ausland hoch. Auch Freiherr von Hussarek stimmte den kaiserlichen Absichten zu und

er beantragte jetzt die Herausgabe eines Manifestes, das den kaiserlichen Willensschluß enthalten sollte. Weder die pragmatische Einheit des Reiches, noch die Einheit seines Wirtschaftsgebietes dürfe freilich angetastet werden.

Aber jetzt erhob der gemeinsame Finanzminister, nicht nur als Sprecher für sein besonderes Gebiet, verschiedenlei Einwendungen. Auch Baron Spitzmüller, der der Notwendigkeit einer südslawischen Lösung schon seit geheimer Zeit das Wort geredet hatte, stand dem Manifest, was die Idee selbst betraf, nicht mit Ablehnung gegenüber. Die Idee konnte sehr wohl reifen in einem Milieu, das die ganze letzte Entwicklung in Oesterreich und die schrittweisen Zugeständnisse des Ministerpräsidenten vor dem Reichsrat geschaffen hatte. Sie konnte reifen in einem allmählich selbstverständlich gewordenen Milieu, das Freiherr von Hussarek in immer stärkerer Neigung für den Förderativgedanken begünstigt hatte und darin sich alle Völker — die Deutschen nicht ausgeschlossen — bereits auf eigene Faust mit Selbstbestimmungsrechten einzurichteten begannen. Denn wenn man auch überzeugt war, daß vor allem die südslawische Gefahr für die Monarchie ausgeschaltet werden mußte, wenn man den Südslawen darum einen Staat einrichtete, so konnte man an den Wünschen der anderen Völker Oesterreichs nicht achtlos vorübergehen. Gegen den Staatsakt des Manifestes wandte sich der gemeinsame Finanzminister darum nicht. Aber seine Inszenierung schien ihm verfehlt. Baron Spitzmüllers Standpunkt war, daß man an das Manifest weder ohne das Einvernehmen mit dem unmittelbar davon berührten Ungarn, noch ohne besonders gründliche Vorbereitungen herangehen konnte.

Er stellte den Antrag, das österreichische Manifest nicht ohne ein besonderes gleichzeitiges Manifest auch in Un-

garn zu erlassen. Im ungarischen Manifest aber müsse die südslawische Frage bereits geregelt erscheinen: im Sinne jener „großkroatischen Lösung“, durch die eine Einheit Kroatiens, Slawoniens, Dalmatiens, Bosniens und der Herzegowina im Rahmen der österreichisch-ungarischen Monarchie geschaffen würde. Besonders wies der Minister auf Bosnien und Herzegowina hin. Das Schicksal der beiden Länder, die als Reichsgebiet der Monarchie gemeinsam zugehörten, könne nur durch Staatsakte bestimmt werden, die sowohl von Oesterreich, wie auch von Ungarn im Einklang kundgegeben würden. Vor allem in Bosnien und Herzegowina sähe der Minister die nationalen und von vielfacher Agitation gestachelten Leidenschaften in noch gefährlicherer Erhitzung sich entwickeln als irgendwo. Auch wandte sich Baron Spitzmüller gegen übereilte Herausgabe des Manifestes. Er hätte schon bei seinem Besuch in Serajewo, nachdem Graf Tisza abgereist wäre, öffentlich von Grenzen gesprochen, die auch der freien Selbstbestimmung der Völker gezogen wären. Nunmehr müßten — namentlich im leichterregbaren Bosnien und in der Herzegowina — die Völker auf das Erscheinen des Manifestes vorbereitet und über jene Grenzen zugleich durch die öffentliche Meinung belehrt werden. Und nicht weniger richtig schließlich, als die Teilnahme Ungarns an dem Akt, wäre für den Minister die Mitarbeit der Reichsparteien. Mit dem Manifest spiele der Kaiser sein letztes Mittel zur Herstellung geordneter Verhältnisse aus. Versage die letzte Auskunft, so gäbe es weiter kein Mittel mehr: der Schaden müßte unabsehbar sein. Gerade deshalb müsse das Manifest sich auf das Einverständnis der Parteien berufen können. Der Minister stellte seinen Antrag noch in der Voraussetzung, daß neue Ministerpräsidenten und neue Kabinette, wie der Kaiser ihm gestern noch wiederholt hatte, die neue Zeit einleiten

sollten. Denn eben mit den Parteien des Reichsrats hätte der Baron in kaiserlichem Auftrag darüber verhandeln sollen, mit welchem neuen Ministerium sie auf der neu geschaffenen Grundlage einer Manifestpolitik zur Mitarbeit sich bereit fänden. Noch im Augenblick des Antrages wußte der Finanzminister nicht, daß der Kaiser sich über Nacht wieder anders besonnen hatte, daß er seine beiden Premiers nunmehr dennoch behalten wolle. Erst im Verlaufe des Kronrats gewann er darüber Klarheit und sah sich jetzt vor gänzlich geänderter Situation.

Noch einmal ergriff Graf Burian das Wort. Er bezeichnete die Ausführungen des Finanzministers als richtig, namentlich, was die Reichslände Bosnien und Herzegowina betraf. Er hielt ein besonderes Manifest in Ungarn für überflüssig. Eine ungarische Regierungserklärung, die sich auf kaiserliche Ermächtigung berufe, müßte von gleicher Wirkung sein.

Jetzt gab der Kaiser ein Resumé. Ueber ein gleichzeitiges und gleichartiges Vorgehen in Oesterreich und Ungarn wollte er am Nachmittage noch mit Wekerle sprechen. Jedenfalls befahl er dem österreichischen Ministerpräsidenten, sofort die Ausarbeitung des Manifestes zu veranlassen. Er lege größten Wert auf schnellste Uebermittlung an das Ausland. Der genaue Inhalt des historischen Dokumentes war übrigens nicht besprochen worden. Kaiser und Minister verließen die Hofburg.

Im Palais des Ministerpräsidiums versammelte Freiherr von Hussarek unverzüglich die Ministerialräte, mit denen er Schriftstücke zu arbeiten pflegte. Vier Mitarbeitern trug er die Grundgedanken, wie er sie vom Manifeste hatte, in großen Zügen vor. Die Erläuterungen des Premiers währten etwa eine Stunde. Die Ministerialräte machten sich ohne Säumen an den Entwurf.

Da Baron Hussarek sich eben nach Hause begeben hatte, holte ein telephonischer Anruf des Kaisers ihn auch schon wieder fort. Wekerle war aus Budapest eingetroffen. Vor dem Kaiser berieten die beiden Premiers.

Zwar hatte Kaiser Karl bisher gerade in bezug auf seinen Krönungseid, der ihn als König von Ungarn verpflichtete, die „Integrität“ des Königreichs unter allen Umständen zu wahren, bestimmte Hoffnungen gehegt. Aus seiner Nähe und mit seinem Wissen war an den ungarischen Ministerpräsidenten und an andere führende Persönlichkeiten Ungarns die Anregung ergangen, daß aus eigenem Antrieb, aus ungarischen Kreisen selbst die Bitte an den König gestellt werden sollte, zum Wohle des Reichsganzen die Südslawenfrage zu regeln. Unbestimmte Zusagen hatten solch eine friedliche Schlichtung in staatsmännischer Vernunft zur Selbsterhaltung auch beinahe schon erwarten lassen. Kam die Anregung unmittelbar aus Ungarn, dann war der Krönungseid keine hindernde Fessel mehr. Aber Wekerle hatte genau die entgegengesetzte Forderung aus Budapest mitgebracht. Er stellte zwar in Aussicht, daß er eine Regierungserklärung über die österreichische Neuordnung in Ungarn gleichfalls abgeben wolle. Er tat dies ohne bindende Verpflichtung. Aber was das kaiserliche Manifest betraf, so verlangte er die Aufnahme einer genauen und klaren Klausel, mit der die „Integrität“ seines Landes auch weiterhin verbürgt werden sollte.

Freiherr von Hussarek wehrte sich. Wurde im Manifest wirklich die ungarische „Integrität“ aufs neue proklamiert, so stand dies nicht nur zur Ordnung der Südslawenfrage im schroffen Widerspruch. Baron Spitzmüller war der Besprechung der Premiers nicht beigezogen worden. Seinen abweichenden Standpunkt vermochte er darum nicht mehr zu vertreten. Und Freiherrn von Hussarek schnitt Dr. Wekerle schließlich das Wort ab:

„Wenn die Integritätsklausel nicht im Manifest enthalten ist, so entziehe ich Oesterreich die Lebensmittel“.

Die Besprechung der beiden Premiers fand damit ihr Ende. Freiherr von Hussarek eilte zu einem Diner, zu dem ihn der deutsche Botschafter gebeten hatte. Der Ministerrat war für den späten Abend angesetzt.

Von zehn Uhr nachts bis in die vierte Morgenstunde berieten die Minister über den Manifestentwurf, der auf Baron Hussareks Anordnung bis dahin im Ministerpräsidium von den vier Herren gearbeitet worden war. Freiherrn von Hussarek rief zwischendurch der Kaiser ans Telephon. Er wünsche den Eintritt Professor Lammaschs in die Regierung als Minister ohne Portefeuille. Der Kabinettschef nahm den kaiserlichen Wunsch zur Kenntnis. Er wollte sich mit Professor Lammasch am nächsten Tage in Verbindung setzen. Die Textierung des Manifestes ging weiter. Die drei Schlußsätze des zustandegekommenen Entwurfes stilisierte Freiherr von Hussarek selbst.

Vor dem Kaiser erschien der Ministerpräsident mit dem Entwurf am nächsten Morgen um neun Uhr. Er las das Schriftstück vor, dann prüfte es der Kaiser nochmals Satz um Satz, um seine Botschaft schließlich noch ein drittesmal mit dem Minister durchzusprechen.

„So, jetzt behalte ich den Entwurf hier“, entschied endlich der Kaiser. Der Ministerpräsident fuhr aus Schönbrunn in die Stadt zurück. Gegen Mittag sprach Professor Lammasch bei ihm vor.

Den Friedensapostel Heinrich Lammasch, dessen Lehrtenansehen und ehrlicher Versöhnungswillen im ganzen Auslande, vor allem in Amerika unstreitig groß war, hatte noch der Ministerpräsident von Seidler dem Kaiser empfohlen, als Kaiser Karl sich mit den Gedanken seiner Amnestie trug und nach einer geeigneten, nicht

durch Amt, Würden oder politische Parteistellung beeinflußten Persönlichkeit suchte, die dennoch politisch und juristisch ein Gutachten über den geplanten Amnestieschritt abgeben könnte. Seither war der Professor, der dem Kaiser damals einen starken Eindruck hinterlassen hatte, wiederholt bei wichtigen Anlässen um seine Meinung befragt worden. Der Kaiser wünschte ihn immer in gewisser Bereitschaft, und jetzt, da man dem Frieden zusteuerte, legte er Freiherrn von Hussarek gegenüber Wert darauf, daß der Verfechter der Friedensidee, dessen Arbeit und Kraft ohnedies bald am Friedenstische gebraucht würde, mit seinem Namen sofort dem Kabinett einen weit hin sichtbaren, verstärkten Friedensanstrich gebe. Dem Kaiser war die Manifestpolitik schon ein Inhalt und Teil seiner Friedenspolitik überhaupt. Professor Lammasch, dessen werbende Kraft er hoch anschlug, sollte nicht länger nur in Bereitschaft stehen.

Aber der Professor war nicht ohne weiteres für die Ministerschaft zu gewinnen. Wenn Südslawen und Tschechen ihm ihre Mitarbeit zusagten, so wollte er annehmen.

„Die Südslawen vielleicht“, antwortete Freiherr von Hussarek. „Die Tschechen bestimmt nicht.“

Professor Lammasch lehnte daraufhin ab. Aber der Ministerpräsident ergriff den Anlaß, Heinrich Lammasch mit dem Manifestwortlaut vertraut zu machen, um seine Meinung zu hören. Gegen den Text hatte bisher nur der Kriegsminister einige Einwendungen von unwesentlicher Art erhoben. Sie waren in der Stilisierung schon berücksichtigt. Der Professor fand die drei Schlußsätze nicht ganz glücklich. Er hätte sie feierlicher, wärmer gewünscht. Und empfahl sich.

Noch war eine Besprechung des Ministerpräsidenten mit dem Grafen Burian nötig, obgleich sich Freiherr von Hussarek mit ihm schon am Vortage außerhalb von Kronrat

und Ministerrat eindringlich über den Entwurf unterhalten hatte. Der endgültigen Textierung galt die Unterredung auch jetzt, als um 5 Uhr nachmittags, da der Freiherr das Ministerium des Aeußeren eben verlassen wollte, der kaiserliche Flügeladjutant Graf Ledochowski den vom Kaiser zuletzt gebilligten Text aus Schönbrunn brachte. Die von Professor Lammasch anders gewünschten Schlußsätze waren bereits geändert. Der Versuch zu stilistischem Schwung deutete hier auf die Art Baron Eichhoffs und auf seine allererste, vom Kaiser anbefohlene Fassung zurück, deren Hauptgrundzüge über einen Umbau der Monarchie in vereinigte Königreiche — darunter ein „Königreich Illyrien“, ein ostgalizisches „Königreich Halicz“ — allerdings wieder fallen gelassen worden waren.

Und Freiherr von Hussarek kehrte um. Wiederum ging er mit Graf Burian den Text durch, aber der Außenminister, der im Kronrat hauptsächlich von der Wirkung des Manifestes auf das Ausland gesprochen, der die Ausführungen Baron Spitzmüllers als richtig bezeichnet hatte, gewann jetzt plötzlich noch viel schärfere ungarische Auffassung dem Staatsakt gegenüber, als sie Wekerle vor dem Kaiser und dem österreichischen Ministerpräsidenten vertreten hatte. Er schlug eine neuerliche Änderung der Stilisierung vor. Er schlug vor, nicht nur von ungarischer „Integrität“ zu sprechen, sondern von der Wahrung ungarter „Rechte und Integrität“. Freiherrn von Hussarek ging der Anspruch zu weit. Er setzte sich abermals mit Wekerle in Verbindung. Schließlich gab sich der ungarische Premier bloß mit der ungarischen „Integrität“ zufrieden.

Das Manifest lag vollendet. Der Ministerpräsident teilte den beschlossenen Staatsakt den Parteien mit. Nichts mehr wurde geändert. Noch ehe die kaiserliche Willensverkündigung in der Monarchie selbst veröffentlicht wurde,

sollte dies im Auslande geschehen. Der Text wurde unverzüglich nach der Schweiz depeschiert.

Größte Heimlichkeit hatte die innere Entstehungsgeschichte des Manifestes umgeben. Selbst der Chef des Generalstabes, den die Wirkung auf die Armee kümmern mußte, erfuhr von den Vorgängen und Beschlüssen im Werden zunächst nichts. Von der Bedrohung der Südostgrenzen bestimmt, hatte er in jüngster Zeit mehrmals und noch vor der Oktobermitte den Kaiser auf die Dringlichkeit der Südslawenfrage aufmerksam gemacht. In der beiläufigen, ausweichenden Art, die ihm eigen war, hatte der Kaiser geantwortet:

„Es ist ja so etwas gemacht worden“ — —

In den Kronrat in der Hofburg war der Chef des Generalstabes nicht berufen worden. Das Schlußkonzept erst sah Freiherr von Arz in der telegraphischen Weitergabe an das Badener Armeeoberkommando am Tage vor der Veröffentlichung. Auch Baron Arz widersprach der Veröffentlichung nicht. Indes wies er auf das Fehlen besonderer Zusagen gerade an die Südslawen hin. Er begab sich zum Chef der Militärkanzlei, zu Generalmajor Baron von Zeidler-Sterneck, um durch ihn dem Kaiser seine Bedenken gegen den Mangel auszusprechen. Auch dem Chef seiner Operationsabteilung, General Baron Waldstätten, trug er auf Protest zu erheben. Folgerungen für sein Amt zu ziehen, wenn nicht in letzter Stunde die südslawischen Interessen in dem Manifest gewahrt würden, beabsichtigte der Chef des Generalstabes nicht.

Da man vor allem um der Südslawen willen an dem erschütterndsten Wendepunkt österreichischer Staatschicksale angelangt war, so bedeutete es allerdings eine Merkwürdigkeit, daß gerade die Betonung ihrer künftigen Staatsstellung übersehen war. Dies war der wichtigste Inhalt des Manifests:

„Oesterreich soll, dem Willen seiner Völker gemäß, zu einem Bundesstaat werden, in dem jeder Volksstamm auf seinem Siedlungsgebiete sein eigenes staatliches Gemeinwesen bildet. Der Vereinigung der polnischen Gebiete Oesterreichs mit dem unabhängigen polnischen Staat wird hierdurch in keiner Weise vorgegriffen. Die Stadt Triest samt ihrem Gebiete erhält, den Wünschen ihrer Bevölkerung entsprechend, eine Sonderstellung.“

Aber der zwischen Kronrat und Veröffentlichung von dem ungarischen Ministerpräsidenten Dr. Wekerle im Verein mit dem Außenminister Grafen Burian durchgesetzte Zusatz im Text bestimmte: daß „die Integrität der Länder der ungarischen Krone in keiner Weise berührt werde“ — —

Noch im Kronrat hatte Freiherr von Hussarek in allgemein gefaßtem Antrag, die Staatenaufrichtung der Völker durch ein Manifest anzukündigen, die nationale Selbständigkeit der Südslawen mitinbegriffen. Er hatte sie nicht ausgeschaltet. Aber die zur Ausgabe bereite Proklamation entschied gleich darauf dennoch die Preisgabe aller Südslawen an die Ungarn. Der Kaiser selbst hatte die Wichtigkeit der südslawischen Frage für den Fortbestand des Reiches schon vor Jahresfrist begriffen. Aber er wußte oder vermochte die richtige Auffassung gegen ungarische Widerstände nicht durchzusetzen. Und nunmehr war, so sehr sich Freiherr von Hussarek gerade um das schwierigste Problem der Monarchie bemüht hatte, die Situation doch so: alle Völker des alten Oesterreich konnten, wenn sie nur irgend guten Willen zeigten, sich zufrieden geben mit dem Erreichten — —

Nur ein Volk nicht: die Südslawen.

Im vieltürmigen Kuppelbau am Donauufer zu Budapest stand an diesem gleichen, heiteren Herbstsonntag der

Ministerpräsident Wekerle vor den Sendboten der ungarischen Völker. Er hatte vergessen, was er vor fünf Tagen noch gesprochen. Seine Schwäche war verflogen.

„Die unversehrte Wahrung unserer staatlichen Integrität,“ hallte es durch den Saal, „die Aufrechterhaltung unserer staatlichen Einheit sind Aufgaben, die wir mit vereinter Kraft um jeden Preis lösen müssen“ — —

Es war indes noch nicht die große Entscheidung historischer Sitzung. Sie ging — ein einziger Satz — Wort um Wort schwer durch den Raum:

„Nachdem Oesterreich sich auf föderativer Grundlage organisiert hat, stellen wir uns auf den Boden der Personalunion und werden demgemäß unsere Politik in wirtschaftlicher Beziehung und auch in bezug auf unsere Verteidigung unabhängig und selbständig organisieren.“

Ungarns Band mit Oesterreich war zerrissen. Die dualistische Einheit — die gemeinsame Monarchie — hörte auf. Ein Organismus stand still. Ueber den entseelten Körper hämmerten die magyarischen Schläge weiter:

„Unter Wahrung und Aufrechterhaltung der Staatsgemeinschaft geben wir bereitwillig dem Wunsche der Kroaten Raum, das mit ihnen getroffene und 1868 inartikulierte Abkommen auf dem dort vorgeschriebenen Wege einer Revision zu unterziehen und die Erfüllung ihrer Wünsche im Sinne ihrer selbständigen Entwicklung möglich zu machen“ — —

Ungarn gab die Kroaten nicht frei: die Staatsgemeinschaft blieb unnachgiebiges Gesetz. Die Kroaten selbst hörten die Verkündigung des Ministerpräsidenten nicht. Sie waren vor dem Forum nicht erschienen, das sie nicht mehr anerkannten. Magyarische öffentliche Meinung hatte zuletzt Tag um Tag nach einem „Gesundheitskordon“ geschrien, der die Länder der Stephanskrone vor den österreichischen „Miasmen der Zersetzung“ schütze. Was der

Zertrümmerung österreichisch-ungarischer Gemeinsamkeit folgen müßte, hatte den Ministerpräsidenten nicht bekümmert. Schlagworte streiften optimistisch die österreichische Zukunftsnachbarschaft und auch das neue Ungarn nannte er ein „Bollwerk für die Dynastie“. Aber die Länder der heiligen ungarischen Stephanskronen sollten fortan eine einzige, feste, unantastbare Insel, eine ruhevolle Insel im Sturmmeer der wilderregten Völker sein. An Ungarn, das sich auf sich selbst zurückzog, an Ungarn, das sich hermetisch abschloß, rührte keine Nachbarschaft mehr. An dieses Ungarn rührte kein Waffenklirren mehr. Keine Weltbotschaft Wilsons. Magyaren hielten vom Karpathenhalbrund bis zur March und Leitha, bis Drina und Save die Nationen in alter, hart geschlossener Faust. So war das Reich des heiligen Stephan wiedergeboren durch sich und für sich allein in Eisen und Blut. Der ganze, besondere Sinn des Weltkriegs schien jetzt erst klarzuliegen vor Ungarns Staatsmännern und Volk. Ekstatisch wurde der Jubel. Nahe und ferne Vergangenheit sank unter ihm. Rausch brauste durch die Gassen. Und Rausch war, in welcher Geistigkeit oder Ueberzeugung, durch welche Erschütterung oder Wandlung sie auch sprachen, die Rede aller Männer im Parlament.

Dort stand auf der Tribüne jetzt Michael Karolyi — —

Von siebenbürgischer Reise war er während der bulgarischen Vorgänge sofort nach Budapest zurückgekehrt. Von bestimmtem Winkel hatte er gesehen, was kam. Die Freunde hatte er aufgerufen:

„Wir sind hier, um zu verhandeln, um den Frieden des Pazifisten zu schaffen“ — —

Er richtete versöhnliche Demokratien auf. Krieg war unwürdig der Menschheit. Aber er hatte nicht die apostelhaften Friedenstheorien des weltfernen österreichischen Ideologen Heinrich Lammasch. Ihm stürzte im Innern,

wenn sie überhaupt dort wohnte, die Versöhnung der ganzen Welt, da er das selbständige Ungarn sich erheben sah. Dem Pazifisten diktirte der Nationalist nur Forderung in ungarischem Wortlaut. Vielleicht war der Professor Heinrich Lammasch ein Jünger Wilsons in katholischem Format. Sich selbst hatte der geistreiche, ein wenig selbstbewußte Graf Czernin einen „Wilson en miniature“ genannt, da er die diplomatische Einsamkeit seiner Ueberzeugungen unter den Bundesgenossen zu spüren vermeinte. Graf Karolyi war weder Katholik, noch Diplomat in Wilsons Widerspiegelung. Und es schien, als wollte er nur Wilson auf magyarisch sein. Er nahm die Technik seiner politischen Verkündigungen. Aber er goß in sie sein Temperament, seinen Chauvinismus, seinen Ehrgeiz: er goß sie voll mit literarischen Stilkünsten aus Paris — er war lange in Frankreich gewesen —, darin der Pulsenschlag mit dem Herrenrhythmus seiner Rasse pochte. In den „Ungarischen Delegationen für auswärtige Angelegenheiten“, die nach Sinn und Gesetz für den alten dualistischen Reichskörper noch tagten, hatte er gestern den Ausruf getan:

„Ich bin gekommen, Cäsar zu begraben, nicht ihn zu feiern.“

Magyarisch hatte er in der Tonart Racines gesprochen. Die Unabhängigen von 1848 waren unter Michael Karolyis Führung damit ausgezogen aus der Gemeinsamkeit der Monarchie, noch ehe der Ministerpräsident die Personalunion verkündet hatte. Eigentlich hatte sie Graf Karolyi selbst schon ausgerufen. Und verlas jetzt, da eben der Premier die Lossagung von Oesterreich kundtat, auch schon „12 Punkte“ rein ungarischer Forderungen in einer Adresse an den König — —

Unter habsburgischem Zepter sollte auch das unabhängige Ungarn verbleiben. Loyal sprach, wie er dies

ansah, Graf Karolyi zu König Karl. Aber die „Friedensverhandlungen werden ohne Rücksicht auf die bisherigen Bündnisse unverzüglich eingeleitet, wobei Ungarn durch einen besonderen und mit vollem Wirkungskreis bekleideten Staatsmann vertreten sein soll.“

Er forderte künftige Bestimmung über Krieg und Frieden in Ungarn durch das Volk. Den Nationen im Königreich sollte Demokratie, Sozialpolitik und Freiheit gegeben sein: dennoch forderte auch Karolyi „die Integrität“. Er blieb Magyare. Und die Welt war ungarisch vollends abgeschlossen, da er den „12. Punkt“ verlas:

„Angesichts der Invasionsgefahr, die dem Lande droht, wird dafür gesorgt, daß die im Auslande befindlichen ungarischen Truppen zur Verteidigung der Heimat ungesäumt heimbefördert und nicht zur Bezeugung der nationalen Wünsche freiheitliebender Völker verwendet werden. Das fremde Militär hat aber das Land zu verlassen“ —

Noch war's nur eine Adresse. Noch schien der Triumph, nie erhoffte Sehnsucht wahrgeworden zu sehen, alle Forderung phantastisch zu überspannen. Radikalismus einer Gruppe schrie. Und schrie ins Irreale.

„Zunächst ist eine Neuorientierung der auswärtigen Politik notwendig.“ Auch dies kam aus Graf Karolyis Mund. „Mit dem Gedanken des Dreibunds, der deutschen Freundschaft, der Vertiefung des Bündnisses mit Deutschland muß ein für allemal aufgeräumt werden. Wir müssen eine gerade entgegengesetzte Politik befolgen.“

„Bitte, zur Kenntnis zu nehmen“, kam hier das Echo des Abgeordneten Martin Lovassy, „daß wir Ententefreunde sind.“

Und noch einmal kam das Echo:

„Ja: wir sind die Freunde der Entente.“

Der Abgeordnete Johann Vas bekräftigte es. Noch war

Nowak, Sturz der Mittelmächte 20

die Entrüstung aller ein Sturm im Donaupalast. Das Banner der Nation sollte über Ungarn flattern. Abschließen durfte, abschließen sollte man sich. Ungarns Staatskunst sah darin ein Heil. Und im Grunde war Oesterreich — Ueberlieferungen, denen Sinn und Berechtigung vielleicht längst entglitten waren, hatten es gleichwohl gelehrt und eingeimpft bis heute — der Erbfeind von je. Das jähe Selbsterschrecken, daß auch das heilige Stephansreich verloren sein könnte, wenn Oesterreich fiel, hatte ungarische Staatsmänner auch leise nie erfaßt. Auch Michael Karolyi nicht, da er soeben an die Heimberufung der ungarischen Truppen dachte. Aber Oesterreich mochte immerhin ein fremdes, gleichgültiges Schicksal sein: gerade das neugehühte Banner der Nation sollte keiner durch Verrat beflecken. Noch wollte man Hochverräter vor berufene Richter stellen. Empört kehrte Stephan Tisza sich ab:

„Verkünden Sie nicht den Verrat“ — —

Aber Stephan Tisza selbst stieg am nächsten Morgen zur Tribüne empor: ein Paladin des über Nacht befreiten Ungarns. Vergangenheiten hatten sich ihm ausgelöscht. Versunken war die Zeit Franz Josephs, dem er ein Träger von Großmacht und Reichsgedanken gewesen war. Die Erinnerung an die Arbeit eines Lebens brach, das er auf Deaks Ausgleichswerk, auf Ungarns brüderliche Einheit mit Oesterreich, besiegt 1868, gestützt in machtvollen Jahrzehnten, ganz gebaut hatte. Auch Stephan Tisza forderte und billigte die Trennung in der Monarchie. Auch Stephan Tisza sah als Rettung im Chaos jetzt nur die Personalunion.

„Wir haben den Krieg verloren“, begann er hart; er kannte die Furcht noch jetzt nicht. „Nicht aus dem Gesichtspunkte, als ob wir nicht weiter durchhalten und durch heldenmütige Verteidigung erzwingen könnten, daß

der Feind den endgültigen Sieg sehr teuer bezahlen müßte. Wir haben den Krieg in der Hinsicht verloren, daß wir infolge der unverhältnismäßigen Verschiebung der Kräfte keine Hoffnung mehr besitzen, den Krieg zu gewinnen, so daß wir einen Frieden anstreben unter Bedingungen, die wir unter solchen Verhältnissen annehmen können.“

Er forderte die Trennung der bisher gemeinsamen Armee. Er forderte „vollständige Selbständigkeit auf dem Gebiet des Wirtschaftslebens, der Verteidigung und auswärtigen Angelegenheiten.“ Er stieß seine Vergangenheit von sich. Er erhob Widerspruch und Widerstand gegen eine tschechische Lösung, die auch die Slowaken in Oberungarn anührte. Er blieb bei der Staatsgemeinschaft des Südslawenreiches mit Ungarn. So nahm er Vermächtnisse in die Gegenwart, die dennoch seiner Vergangenheit gehörten: Vermächtnisse, die ihn schon einmal im Schwanken gezeigt. Aber jetzt wollte er nur als der Magyare Stephan Tisza sprechen. Den Staatsmann von einst verabschiedete er bewußt. Tot lag die Vergangenheit des Grafen Tisza. Nur die Gegenwart diktierte für alle die Gesetze des Handelns. Da er vor dem Portal des Abgeordnetenhauses gestern sein Auto hatte besteigen wollen, hatte der dreiundzwanzigjährige Johann Lekai aus Varasd mit der Kugel auf ihn angelegt. Der Chauffeur hatte dem Attentäter den Browning fortgeschlagen.

„Sehen Sie, mein Lieber,“ war in der Wachtstube Graf Tiszas beiläufige und kühle Ansprache gewesen, „warum tun Sie so etwas? Jetzt haben Sie sich in Unannehmlichkeiten gebracht.“

Er spürte sich unverletzt. Der Zwischenfall war damit vorbei. Persönliches und Umwelt, die sein Denken und seine Verantwortung nichts anging, war ihm gleich. Nur Ungarn lebte. Mochte anderes sterben. Selbst — um Ungarns willen — das Bündnis mit Deutschland,

für das er immer gekämpft und das er noch gestern in Ritterlichkeit beschützt hatte. Alles war um Ungarns willen erlaubt: und nur die Gegenwart lebte. Ein Zufall wollte, daß Ungarns erster Staatsmann mit halbblindem Auge ins Tageslicht blickte. Horizonte hatte er nie gekannt. Seine Kraft wurzelte, dunkel und elementar, nur in ungarischer Erde. Sie strebte kühn und senkrecht aufwärts, doch ohne Umlauf. Und so sah an dem Tage, da die Stephanskronen nur durch den eigenen Glanz erstrahlen wollten, die Zukunft auch Stephan Tisza nicht —

Der erste Blitz, den grell das Manifest entzündete, schlug nieder vor der Ofener Burg. Nur wer außen stand, sah ihn. Und erkannte, wie er im Widerschein das wahre magyarische Gesicht sogleich überflammte. Die Völker Oesterreichs standen trotz Erwartung und Erfüllung noch einen Augenblick benommen. In der Beklommenheit, zwischen Lärm und bleierner Stille, im Anhalten atmosphärischer Spannung versuchten wenige zu retten, was noch zu retten wäre. Generaloberst Freiherr von Sarkotic, von Baden auf der Rückreise nach Serajewo begriffen, dachte an eine rasche, nachträgliche „Interpretation“ des Manifests. Ihm schien die nach der eigentlichen Fertigstellung eingefügte „Integritätsklausel“ das Schlimmste. Vor allem die Südslawen mußten in letzter Stunde noch zu ihren Rechten kommen. Im Reisen entwarf er den Gedankengang zu solch einer Art von „Interpretation“ und brachte sie zu Papier. Die sieben südlawischen Länder sollten in ihren Hauptstädten je einen Banus erhalten. Ueber ihnen sollte ein besonderer Banus für alle stehen. Es sollte eine durchaus selbständige, staatliche Zusammensetzung sein: losgelöst von Ungarn. —

Unkelhäuser, der Minister für Kroatien, und Prinz Ludwig Windischgrätz standen am besten mit Wekerle. Der

Generaloberst bat sie, mit ihm sofort zusammenzutreffen. Der Minister für Kroatien war ohne weiteres einverstanden. Der Prinz hatte, durch ein Mißverständnis, den Generaloberst auf dem Budapester Ostbahnhof statt auf dem Agramer Bahnhof gesucht. Aber da er Freiherrn von Sarkotic von dort noch anrief, diktierte ihm der Generaloberst den Entwurf durch den Apparat. Auch Ludwig Windischgrätz war einverstanden. Unter den Ungarn hatte er in Sonderhaltung immer für die Südslawen gesprochen. Beide wollten, Minister und Prinz, sich mit dem Ministerpräsidenten unverzüglich in Verbindung setzen. Dann sollte der Kaiser sofort unterrichtet werden. Der Generaloberst reiste weiter — —

Nach vier Tagen kam er, am 21. Oktober, in Serajewo an. In der Hauptstadt Bosniens, in der Franz Ferdinand von nationaler Leidenschaft gefällt worden war, in Bosnien, um das der Streit so heiß ging, wie um jedes andere Stück südslawischer Erde, empfing ihn sein Stellvertreter:

„Hier ist Ruhe. Aber ich habe das Gefühl: es ist die Ruhe vor dem Sturm. In Agram wird das selbständige Jugoslawien gefeiert. Aber in Serajewo ist Ruhe. Offiziell sind wir übrigens nachrichtenlos“ — —

Der Generaloberst wartete. Da er weder von Prinz Windischgrätz, noch von der „Interpretation“ irgend etwas hörte, fand er es richtig, als Landschef seine Demission zu geben. Er ließ seinen Generalstabschef die Depesche abfassen und abschicken, — keine Antwort.

Die Interpretation“ unterblieb. Das kaiserliche Manifest hatte Tatsachen geschaffen, die unabänderlich blieben. Oesterreich-Ungarn war tot. Es gab jetzt österreichische Völker, die sich selbst einrichteten. Es gab ein selbständiges Ungarn. Keiner kümmerte sich um den andern. Jedem waren die eigenen Wege verbrieft. Aller

Söhne standen noch im Feld. Denn der Feind war in Waffen. Aber selbständige Staaten haben zumeist selbständige Armeen. Und die alte Monarchie bestand jetzt nurmehr aus neuen, selbständigen Staaten. Schwere Wirren konnten, schwere Wirren mußten entstehen.

Die Mündigkeit der Völker war begründet. Auch in der Donaumonarchie.
